SPARHAMMER Bundesrat will mit 4,5-Milliarden-Rotstift die Finanzen ins Lot bringen – die Reaktionen fallen teils heftig aus

«Mutiger Schritt», «Angriff auf die soziale Schweiz»

JOSCHKA SCHAFFNER, CÉLINE ZAHNO, LEA HARTMANN UND DANIEL BALLMER

Der Bundesrat macht Ernst. Erst zwei Wochen ist es her, da präsentierte eine Expertengruppe um Ex-Gewerkschafter Serge Gaillard (69) ihre Vorschläge, **wie der Bund das Loch in der Bundeskasse stopfen kann, das in den nächsten Jahren immer grösser wird.** Auf 4 bis 4,5 Milliarden Franken pro Jahr dürfte das Defizit bis 2030 steigen, rechnet Karin Keller-Sutters (60) Finanzdepartement.

Nun hat die Regierung ein Sparpaket geschnürt. Sie übernimmt nach Anhörung von Parteien, Kantonen und Sozialpartnern die Sparvorschläge ihrer Rotstift-Truppe fast vollständig. Nur auf eine Handvoll der Sparmassnahmen will der Bundesrat verzichten. «Der Bund hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem», wiederholte Finanzministerin Keller-Sutter an der Medienkonferenz ihr Mantra. **Deshalb würde sich das Sparpaket vor allem auf Kosteneinsparungen fokussieren.** «Der Bundesrat möchte keine neuen Steuern einführen oder bestehende anheben», sagte sie. Nur punktuell will man auch bei den Einnahmen ansetzen und beispielsweise die Steuerverteile auf den Kapitalbezug aus der zweiten und dritten Säule abschaffen.



Thierry Burkart (FDP, l.) findet die Sparvorschläge gut, Cédric Wermuth (SP) kritisiert sie hingegen scharf.

Die Vorschläge bergen politische Sprengkraft. Denn angesetzt werden soll unter anderem bei der AHV, den Kita-Subventionen oder dem Verkehr. Aber auch die Bundesverwaltung selbst soll den Gürtel enger schnallen. Insgesamt summiert sich das Entlastungspotenzial auf 4,5 Milliarden Franken.

Während sich die FDP erfreut zeigt über den «mutigen ersten Schritt» des Bundesrats, hagelts von links Kritik. Die Sparpläne seien ein Angriff auf die soziale Schweiz, ruft die SP aus. Der Bundesrat wolle bei den Ärmsten sparen, kritisiert Co-Parteipräsident Cédric Wermuth (38). Die Grünen bezeichnen das Sparprogramm als «rechtskonservatives Abbaupaket». Es werfe den Klima- und Umweltschutz um Jahre zurück. Auch die GLP ist nicht glücklich über die präsentierten Massnahmen.

Für die Mitte nimmt der Bundesrat seine Regierungsverantwortung nicht wahr: Er übergebe den Expertenbericht praktisch unverändert dem Parlament, und dieses soll dann daraus «eine gute Lösung zimmern». Aus Sicht der Partei hätte man mehr bei den Einnahmen ansetzen müssen.

Kritik kommt auch von den Kantonen. Man habe zwar Verständnis, dass der Bund handeln müsse. **Viele der Massnahmen führten allerdings zu einer direkten Lastenabwälzung vom Bund auf die Kantone.** Das lehne man entschieden ab, lässt sich der Aargauer Finanzdirektor Markus Dieth (57), Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, zitieren. Echte Sparmassnahmen seien das nicht.

Laut Finanzministerin Karin Keller-Sutter sind rund 40 Gesetzesanpassungen nötig, um all die Sparmassnahmen umzusetzen. Der Bundesrat will sie nun zu einem Paket schnüren, das Anfang 2025 in die Vernehmlassung geschickt werden soll – bevor es dann dem Parlament vorgelegt wird. **Längst nicht alle Massnahmen dürften die politische Debatte überleben.**

Das Sparpaket, das übrig bleibt, soll 2027 in Kraft treten, sofern kein Referendum ergriffen wird. Durchaus wahrscheinlich ist aber, dass das Volk das letzte Wort haben wird.



Elisabeth Baume-Schneider, Karin Keller-Sutter und Albert Rösti (v.l.) haben die Sparvorschläge des Bundesrats vorgestellt.